

VOLKSANWALT DR. PETER FICHTENBAUER

SECHS JAHRE DES UNERMÜDLICHEN BOHRENS HARTER BRETTER

Die Volksanwaltschaft wurde gegründet, um das Gefühl der „Ohnmacht“ des Einzelnen gegenüber der Verwaltung zurückzudrängen. Am Ende der Amtsperiode kann ich resümieren, dass diese sechs Jahre reich an Erfahrungen mit Menschen und ihren Nöten waren. Jede Beschwerde und jedes Prüfverfahren helfen, die Verwaltung noch besser zu machen. Ich bin überzeugt, dass es mir in vielen Fällen gelungen ist, durch Aufklärung, aber auch durch konkrete Lösungen dieses „Ohnmachtsgefühl“ zu beseitigen. Für all die gesammelten Erfahrungen, positiven Rückmeldungen, aber auch konstruktive Kritik bin ich dankbar.

Jedes Mitglied der Volksanwaltschaft hat wohl gewisse Themen, die ihm ein besonderes Anliegen sind. Diese Themen behält man immer im Auge, auch wenn eine vollständige Lösung des Problems noch nicht erreichbar war und ist.

Im Hinblick auf die nahezu alljährliche Berichterstattung über Hochwasser, Hagel und sonstige gravierende, existenzbedrohende Naturereignisse, fordere ich bereits seit Jahren die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine Pflichtversicherung für Naturkatastrophen. Die Zahlungen aus den Katastrophenfonds können die erlittenen Schäden nicht einmal ansatzweise abdecken. Ich bin überzeugt, dass nur eine Pflichtversicherung – mit den entsprechenden internationalen Rückversicherungen – die Menschen davon befreien kann, auf „Almosen“ des Staates angewiesen zu sein. Bereits seit 2014 berichtet die Volksanwaltschaft dem Nationalrat von dieser Problematik – bislang jedoch ohne zufriedenstellenden Ausgang. Eine im früheren BMJ eingerichtete Arbeitsgruppe tagte nur einige Male und wurde ohne Ergebnis geschlossen. Da Naturkatastrophen weiter zunehmen, gibt es hier dringenden Handlungsbedarf. Ich würde mir wünschen, dass die Politik endlich adäquate Lösungen präsentiert.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt meiner Tätigkeit galt der Verbesserung der Situation chronisch kranker Kinder in Kindergärten und Schulen. Ich habe unermüdlich daran gearbeitet und viele Gelegenheiten ergriffen, dieses Thema den Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit näher zu bringen. Im Jahr 2015 konnte ich das Parlament für eine Enquete gewinnen, in der zahlreiche Expertinnen und Experten ihr Wissen einbrachten. 2018 fand im Albert-Schweitzer-Haus in Wien eine Podiumsdiskussion zum Thema „Rechte chronisch kranker Kinder“ statt, bei der sich zahlreiche Betroffene zu Wort meldeten und über ihre Probleme berichteten. Manche Schilderungen zeigten das erstaunliche und offenbar nach wie vor bestehende Wissensdefizit von Lehrkräften, wie mit chronischen Erkrankungen umzugehen ist. Noch immer soll es vorkommen, dass Schulen Kinder aufgrund ihrer Erkrankungen nicht aufnehmen. Einige Verbesserungsvorschläge der Volksanwaltschaft wurden bereits umgesetzt, aber auf erste Schritte müssen weitere folgen, um unseren Kindern bestmöglich den Weg in das weitere Leben zu ebnen.

Wir haben in den letzten sechs Jahren viel erreicht und stetig engagiert an der Stärkung des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltung gearbeitet. Von der politischen Seite würde ich mir wünschen, dass die Berichte, Empfehlungen und Anregungen der Volksanwaltschaft mehr Aufmerksamkeit erlangen. All diese Erkenntnisse sind nutzlos, wenn sie in einer Ecke verstauben. Politik ist eben das Bohren harter Bretter. Umso mehr braucht es Organisationen wie die Volksanwaltschaft, die den Bohrer beharrlich und immer wieder ansetzt, um Missstände und blinde Flecken aufzuzeigen, und die so zu einer langfristigen Verbesserung der Verwaltung in Österreich beiträgt.